



Ernährungssicherheit in Krisenzeiten

Präsident Horper: „Politik muss Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten sicherstellen“

Koblenz. Der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau, Michael Horper, ist bestürzt über den Ukraine-Krieg und die damit einhergehenden Gräueltaten und das menschliche Leid: „Die Bauern und Winzer stehen hinter den Sanktionen der Bundesregierung und verurteilen den vom russischen Präsidenten Putin betriebenen Angriffskrieg aufs Schärfste.“ Weiter betont Horper: „Wir müssen auch an die Zukunft und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln denken. Was heute nicht gesät wird, kann im Sommer nicht geerntet werden.“ Umso wichtiger sei es, so viel Nahrungsmittel in Deutschland und der EU zu produzieren, dass die Bevölkerung in Krisenzeiten ausreichend ernährt und darüber hinaus auch bedeutende Lebensmittelhilfe für die vom Krieg betroffenen Menschen geleistet werden könne. Präsident Horper bittet nun in einem Schreiben Landwirtschaftsministerin Daniela Schmitt, die Anliegen des landwirtschaftlichen Berufsstandes in der heutigen Agrarministerkonferenz zu vertreten.

„Der Krieg in der Ukraine hat ernstzunehmende Auswirkungen auf die Agrarproduktion auch in Rheinland-Pfalz. Steigende Kosten für Kraftstoff, Düngemittel und Rohstoffe sowie ein Mangel an Eiweißfuttermitteln belasten die landwirtschaftlichen Betriebe enorm“, so Horper. Der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes macht zudem deutlich, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und die Erzeugung agrarischer Rohstoffe, u.a. für die Energieerzeugung, in der derzeitigen Situation Priorität haben müsse. Die ab 2023 geplante Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen in Höhe von vier Prozent der Ackerflächen sei kontraproduktiv und führe direkt zu einer Verringerung der Erntemenge. Auch eine deutliche Erhöhung der Agrardieselsteuerrückvergütung

sei unerlässlich, da die steigenden Dieselpreise die landwirtschaftliche Produktion mit voller Wucht treffe. Verpflichtende Fruchtfolgen vorzuschreiben, die die Betriebe belasteten und zusätzliche Kosten verursachten, dienen nicht der Sicherstellung der Versorgung. „Es ist nun an der Zeit, die landwirtschaftlichen Betriebe zu stärken, damit sie auch in Zukunft heimische Nahrungsmittel, erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe erzeugen können“, betont der Präsident.